

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Nur mit Reserven bleibt ein Handlungsspielraum vorhanden

Die günstigen Überschussjahre wurden nicht zur Vermehrung der Finanzreserven des Staates genützt – Budget 1992 nur mit VU-Stimmen

(G.M.) – Das Jahr 1992 beginnt nicht nur mit guten Wünschen, sondern auch mit einem sorgenvollen Blick auf unsere Staatsfinanzen. Die in den letzten Jahren verfolgte Finanzpolitik des Staates, geprägt durch ein ausgesprochen starkes Wachstum der Ausgabenseite, mit dem der Einnahmewachstum nicht mithalten konnte, führte zu einem Abbau von Finanzreserven, der auch im Finanzjahr 1992 anhalten soll. Die FBP-Fraktion verweigerte deshalb im Landtag, nachdem die VU-Fraktion nicht auf ein konstruktives Angebot zur gemeinsamen Sparpolitik eingegangen war, die Zustimmung zum Budget 1992.

«Auf der Ausgabenseite wird es notwendig sein, alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen.» Diese Worte sprach nicht ein Oppositionspolitiker, sondern im Herbst 1987 Regierungschef und Finanzminister Hans Brunhart, als es um den Voranschlag 1988 ging. Eine «gesicherte und solide Finanzpolitik», so teilte er dem Parlament mit, halte er für eine «besonders wichtige Staatsaufgabe». Seine Einschätzung, was eine gesicherte und solide Finanzpolitik ist, vermögen in der Zwischenzeit allerdings nicht mehr alle zu teilen, wie sich in den verschiedenen Budgetdebatten im Landtag zeigte. Die Finanzplanung 1992 bis 1996 jedenfalls sieht bis zum Ende des Planungszeitraums eine ungedeckte Schuld von rund 160 Millionen Franken vor, ohne dass aber alle Projekte, deren Notwendigkeit schon vor Jahren – zumindest teilweise – als unbestritten bezeichnet wurde, in der Planung enthalten wären.

Abgleiten in eine Überschuldung

Offensichtlich ist die Einsicht zwar vorhanden, dass die Finanzpolitik eines kleinen Landes, das zudem noch stark vom Ausland abhängig ist, ein besonders heikles und auf kleine Abweichungen reagierendes Gebilde ist. «Unser Budget ist kein Budget wie das Budget eines grossen Landes», erklärte Regierungschef Brunhart in seinem unvergleichlichen Deutsch 1987 im Landtag, «also in unserem Budget können relativ kleine Veränderungen, also beispielsweise ein Einnahmefall von 5 Millionen über einige Jahre die Finanzplanung massiv verändern.» Doch dieser Einsicht folgten auch Jahre später nicht die finanzpolitisch erforderlichen Schritte, was die FBP-Fraktion bei der Budgetberatung Mitte Dezember 1991 bewog, dem vorgelegten Voranschlag 1992 nicht zuzustimmen. «Die Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpar-

te», erklärte FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt, «ist bereit, Verantwortung in der Finanzpolitik mitzutragen. Sie ist aber nicht bereit, einem Abgleiten der Vermögenslage in eine Überschuldung von 160 Millionen Franken bis Ende 1996 zuzustimmen. Wir befürworten eine Ausgaben- und Einnahmentwicklung, die am Ende des Planungszeitraumes zumindest noch ein Reservekapital von 100 Millionen Franken sicherstellt. Damit kann unserem Land für wirkliche Notlagen und ausserordentliche Einwirkungen von aussen noch ein gewisser Handlungsspielraum gewahrt werden, um künftige Engpässe überbrücken zu können.»

Abbau von Reserven vermeiden

Es ist nicht das erstmal, dass die FBP-Fraktion im Landtag bei Budgetberatungen derart Klartext zu sprechen hatte. Schon 1987 hatte der damalige FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann seiner Sorge Ausdruck gegeben, dass die Entwicklung in die «roten Zahlen» führe, wenn nicht das Steuer der Finanzpolitik herumgerissen werde. Nach der damals geäusserten Auffassung, die inzwischen mehrfach bekräftigt wurde, sollte es möglich sein, ein Budget ohne Einsatz von Reserven vorzulegen: «Es geht uns nicht nur darum, schwarz zu malen», meinte Biedermann damals, «sondern rechtzeitig auf den negativen Trend aufmerksam zu machen oder anders gesagt: Wir müssen schwarz malen, damit wir nicht in die roten Zahlen kommen.» Schon vor vier Jahren, als die Finanzplanung ein Abgleiten in eine Schuldenwirtschaft tendenziell aufzeigte, forderte die FBP-Fraktion den Finanzminister auf, Möglichkeiten von Einsparungen aufzuzeigen, um den finanzpolitischen Spielraum für zusätzlich zu übernehmende Verpflichtungen auszuweiten. Als ein Jahr später ein Budget vorgelegt wurde, das diesen Forderungen keineswegs entsprach, verweigerte die FBP-Fraktion ihre Zustimmung. In einer Fraktionserklärung betonte die FBP: «Bei der guten gegenwärtigen Konjunkturlage sollte es der Regierung möglich sein, ein Budget vorzulegen, das ohne Einsatz von Reserven ausgeglichen ist. Die heutigen Finanzierungsreserven sind nach Auffassung der FBP-Fraktion für eine Zeit zu sparen, in der eine konjunkturelle Abschwächung die Auslösung zusätzlicher Investitionsprogramme zur Sicherung der Beschäftigung notwendig macht.»

Was bringt ein EWR-Beitritt?

Die vor ein paar Jahren aufgezeigte

Entwicklung beeindruckte die zuständigen Finanzpolitiker der VU offensichtlich nicht stark, ebenso stellten sie sich den aufgeworfenen Fragen in bezug auf die finanziellen Auswirkungen eines allfälligen EWR-Beitritts nicht. Unbeantwortet blieb beispielsweise zum damaligen Zeitpunkt die Frage des FBP-Abgeordneten Louis Gassner, ob auf den Abbau von Reserven die Steuererhöhungen nachfolgen würden. Allerdings hat er die Antwort auf indirekte Art in der Zwischenzeit erhalten, denn der Regierungschef legte zum Budget 1992 ein Paket von Massnahmen mit Gebührenerhöhungen und Beitragskürzungen, interessanterweise in der heute angespannten Beschäftigungslage auch für die Arbeitslosenver-

sicherung, vor.

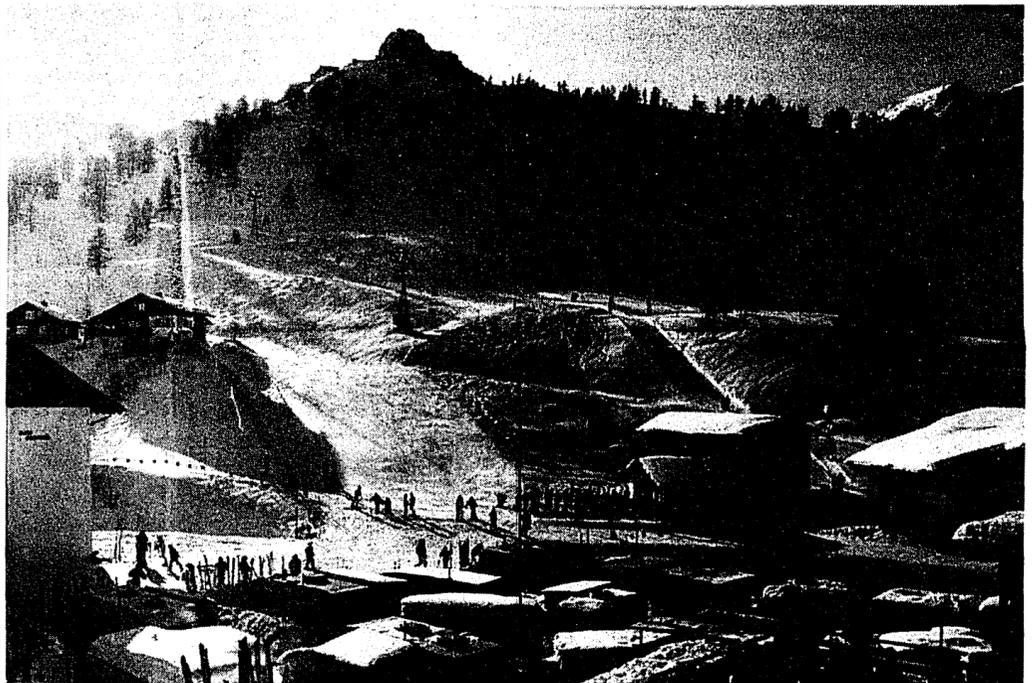
Auf die andere Frage steht die Antwort bis heute noch aus, obwohl die FBP-Fraktion bei der Budgetberatung 1992 eine Ergänzung des Finanzplans 1992 – 1996 um die Position «Mehrkosten und Mindereinnahmen im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Beitritt zum EWR» forderte. Regierungschef Hans Brunhart hatte nur die Gegenfrage bereit, ob er im Hinblick auf den EWR einfach eine Kürzung der Einnahmen um 20 Prozent vornehmen solle. Das wäre zumindest eine Variante, möglicherweise eine realistische Perspektive für den stark vom Ausland abhängigen Staatshaushalt unseres Landes!

Liechtenstein schlug CSFR

Sensation zum Abschluss des Internationalen Junioren-Fussballturniers in Israel. Im letzten Gruppenspiel gewann die Liechtensteiner Unter-18-Auswahl gegen die Alterskollegen aus der Tschechoslowakei mit 2:0 (0:0) Toren. Tags zuvor hatte die FL-Auswahl noch mit dem gleichen Ergebnis gegen Zypern verloren. Gegen die CSFR zeigten die Liechtensteiner am Neujahrstag aber eine in allen Belangen hervorragende Leistung und siegten nach Toren von Christoph Frick und Markus Wille durchaus verdient mit 2:0. Dank dem besseren Torverhältnis gegenüber den punktgleichen Zypern und der CSFR nehmen die Liechtensteiner hinter Israel und Belgien den überraschenden 3. Tabellenrang in der Gruppe A ein.

Wintersportler-Ansturm in unserem Alpengebiet

Grossandrang in Malbun/Steig – Und das «Bilderbuchwetter» hält an!



Unser Alpengebiet muss in diesen Tagen infolge des prächtigen «Bilderbuchwetters» richtiggehenden Anstürmen von Wintersportlern und Spaziergängern standhalten. Infolge restloser Auslastung der Parkierungsmöglichkeiten musste die Strasse nach Malbun auch gestern nachmittags für den Individualverkehr gesperrt werden. Und das schönste an der ganzen Sache: Ein Wetterumschwung in den Bergen ist vorerst nicht in Sicht. Einzig anfangs nächster Woche könnte es vorübergehend zu einer leichten Wetterverschlechterung kommen. Unser Bild von gestern vermittelt einen Eindruck vom sonnigen Winterreiben in Malbun. (Bild: P. Kindle)

Zuversicht für Bankjahr 1992

Umfrage bei den drei liechtensteinischen Bankinstituten

(G.M.) – Das Jahr 1991 wird in der Rückschau von Vertretern der drei in Liechtenstein tätigen Banken besser als das Vorjahr bewertet. Aufgrund des zu erwartenden, erfreulichen Jahresergebnisses für das abgelaufene Jahr und im Hinblick auf die prognostizierte Aufwärtsentwicklung der Weltkonjunktur geben sich die drei Banken auch zuversichtlich für 1992. Allerdings schwingt in optimistischen Erwartungen auch ein Rest von Unsicherheit angesichts der weltpolitischen Veränderungen mit.

Nach einer relativ starken Abkühlung des Wirtschaftsklimas 1991 in der Schweiz, die auch in unserem Land zu Schwierigkeiten in einzelnen Unternehmen führte, hoffen die Wirtschaftsprognostiker für 1992 wieder mit einem Aufschwung. Mit einer Änderung der weltwirtschaftlichen Voraussetzungen wird sich auch das Umfeld für die Bankinstitute verändern, deren Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr schon 1991 wieder anstiegen und deren Erträge sich stärker als im abgeschwächten Vorjahr erhöhten. Als Herausforderungen, die im eben begonnenen Jahr zu bewältigen sein werden, gelten die rezessiven Tendenzen, die hohen Zinsen, die Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten und ganz generell die politischen Veränderungen.

1992 wird auch den «Finanzplatz Liechtenstein» verändern, denn Regierung und Landtag haben bereits die

Konzession für eine weitere Bank erteilt. Zudem wurde bei der Regierung ein Konzessionsgesuch für ein fünftes oder genauer für ein sechstes Bankinstitut eingereicht: Neben der Liechtensteinischen Landesbank, der Bank in Liechtenstein und der Verwaltungs- und Privat-Bank gibt es nämlich noch die Sinit-Bank, die allerdings nur über eine eingeschränkte Bankkonzession verfügt. Die Konzession erhielt die «Anlagen- und Privatbank AG», um eine Konzession suchte die «Centrum Investment Bank AG» nach, die sich beide vornehmlich im Anlagebereich betätigen wollen.

Das erste Interview mit Landesbank-Direktor Karlheinz Heeb veröffentlichten wir im Innern der heutigen Ausgabe. Die Interviews mit den Vertretern der BIL und der VPBank folgen in der Samstag-Ausgabe.

Der Countdown für den EG-Binnenmarkt läuft

Frage der Grenzkontrollen noch ungelöst – Öffnung des Verkehrs für Finanzdienstleistungen

Brüssel (AP) Mit Beginn des Jahres 1992 hat der Countdown für die Errichtung des europaweiten Binnenmarktes begonnen. Stichtag für den Fall der noch bestehenden Barrieren für Waren, Dienstleistungen und für den Kapitaltransfer innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist der 31. Dezember 1992. Bis dahin gilt es jedoch noch einer Reihe von Bestimmungen in den zwölf Mitgliedsländern Gesetzeskraft zu verleihen, damit der EG-Binnenmarkt seinen Namen auch zu Recht trägt. Ungelöst ist unter anderem noch die Frage, wie künftig Grenzkontrollen aussehen sollen und wie die Öffnung des Verkehrs für Finanzdienstleistungen gestaltet werden soll.

Pessimistisch fällt die Prognose von Dekan Alasdair Smith vom Fachbereich für Europäische Studien an der Universität Sussex in England aus. «Der Gemeinschaft wird es bis 1993 nicht gelingen zu erreichen», prognostiziert er. Seiner Ansicht nach wird die Umsetzung des «EG-Binnenmarktes '92» sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen, als geplant. Und in der Tat, etliche der 282 Regelungen, die in einem Weissbuch der EG aufgeführt sind und bis Ende dieses

Jahres EG-weit angeglichen werden sollen, warten noch auf ihre Anpassung. 137 der in dem Weissbuch enthalten Bestimmungen müssen in Einklang mit der jeweiligen nationalen Gesetzgebung gebracht werden. Dies ist jedoch erst bei 49 Bestimmungen in allen Staaten der Gemeinschaft geschehen. Am zögerlichsten hat sich bisher Italien erwiesen – dort sind erst 67 der knapp 300 Bestimmungen umgesetzt worden. Auch Belgien, Irland, Luxemburg und die Niederlande liegen zurück.

Steuergesetzgebung

Mit Beginn des Jahres 1993 werden die 338 Millionen EG-Bürger noch enger aneinanderrücken – sowohl beim Warenaustausch als auch beim Reiseverkehr. Dennoch ist noch keine Regelung für die Überwachung der Aussengrenzen der Gemeinschaft gefunden worden. Vorbehalte bestehen auch gegen die Beseitigung aller Binnenkontrollen. Grossbritannien fürchtet, dass mit dem Wegfall der Kontrollen mehr Waffen, Rauschgift, Kriminelle und Terroristen ins Land kommen. Deshalb schloss sich London dem EG-Vertrag über die Beseitigung der Kontrollen nicht an. Auch Däne-

mark, Griechenland und Irland blieben dem Abkommen fern. Von den anderen acht Unterzeichnerstaaten hat bislang einzig Frankreich den Vertrag ratifiziert.

Differenzen herrschen auch noch über eine einheitliche Behandlung von Einwanderern. Auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung wird ein Gleichklang bis zum Stichtag ebenfalls nicht erreicht werden. Bei der Mehrwertsteuer haben die zwölf zwar einen Minimalsatz von 15 Prozent festgelegt. Nach oben ist der Abgabensatz allerdings nicht limitiert.

Stark reduzierte Wintermode

Modehaus Hannelore

Jeden Freitag Abendeinkauf bis 20.00 Uhr
Samstag durchgehend geöffnet bis 16.00 Uhr